PB.S-01-624

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Jan Fährmann (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 624 bis 633:
~~Wir stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik. Doch auf dem Schwarzmarkt gilt kein Jugendschutz, stattdessen schafft er zusätzliche gesundheitliche Gefahren. Das Verbot von Cannabis richtet mehr Schaden an, als dass es nützt. Wir setzen auf wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Deshalb werden wir mit einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen kontrollierten und legalen Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir niedrigschwelliges Drugchecking für psychoaktive Substanzen und andere Maßnahmen zur Schadensminimierung wie die Ausgabe sauberer Spritzen bundesweit ermöglichen, damit Konsument*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen zusätzlich gefährdet werden. Das heutige Betäubungsmittelrecht evaluieren wir auf seine Wirkungen hin.~~

Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Kriminalisierung und Repression sind keine erfolgreichen Mittel gegen den Missbrauch von Drogen. Viele Menschen leiden unter den Folgen dieser Politik. Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Forschung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir stellen Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der grünen Drogenpolitik. Auf dem Schwarzmarkt gibt es keinen Jugendschutz, stattdessen schafft er zusätzliche gesundheitliche Gefahren. Wir fordern langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen. Zudem soll intensiver auf die Gefahren von Tabak und Alkohol hingewiesen werden. Werbung für Drogen lehnen wir ab.
Die Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen muss beendet werden. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Wir wollen die zielgruppenspezifischen und niederschwelligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen wollen wir durch risikominimierende Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme, Drogenkonsumräume und niedrigschwellige Substanzanalysen (Drug Checking), entgegentreten, damit Konsument*innen nicht durch gefährliche Inhaltsstoffe oder schmutzige Spritzen zusätzlich gefährdet werden. Dazu gehört auch die menschenwürdige Behandlung von Schwerstabhängigen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse. Zentrale Leitlinie unser Drogenpolitik ist die akzeptierende Präventionsarbeit. Uns ist bewusst, dass Prävention auch bei potenziellen stoffungebundenen Süchten erforderlich ist, wie beim Glückspiel und bestimmten Onlineangeboten. Auch von Medikamenten sind zu viele Menschen abhängig. Daher werden wir Präventions- und Hilfsangebote gezielt ausbauen, egal, ob es Substanzen oder Verhalten bertifft.
Die Forschung mit psychoaktiven Substanzen muss gestärkt und darf nicht länger gestört oder verhindert werden. Schon zu viele wirksame Medikamente sind durch solche Beschränkungen nicht ausreichend erforscht worden, worunter viele Menschen leiden. Andere Länder wie z. B. die USA oder sie Schweiz forschen viel umfangreicher.
Die ideologiegeleitete Verbotstradition des Konsums von Cannabis verursacht mehr Probleme,

als sie löst. Wir setzen auf wirksame Prävention, auf Entkriminalisierung und Selbstbestimmung. Deshalb werden wir mit einem Cannabiskontrollgesetz das bestehende Cannabisverbot aufheben und einen kontrollierten und legalen Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen. Wir werden dabei einen Jugendschutz mit strengen Kontrollen, mehr Prävention und die Vermeidung von Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsumenten durch Regulierung und Kontrolle der Qualität umsetzen.

Begründung

Der Entwurf bleibt weit hinter dem Wahlprogramm von 2017 zurück. Eine weitgehende Beschränkung auf Cannabis genügt nicht, da auch bei vielen anderen Substanzen oder Verhaltensweisen Handlungsbedarf besteht. Wir müssen ganzheitliche Lösungen anbieten und uns nicht nur auf eine Substanz beschränken. Auch bei anderen Substanzen werden Menschen kriminalisiert und/oder nicht ausreichend geschützt. Die Schäden für viele Menschen und die Gesellschaft sind immens. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und müssen auch beschreiben, wie wir uns diesen vorstellen.

Wir müssen deutlich machen, dass wir auch Menschen vor Werbung für Verhaltensweisen oder Substanzen, die ein Suchtrisiko aufweisen, schützen wollen, gerade durch Alkohol und Tabak entstehen hohe Risiken; viele Menschen werden süchtig, krank und/oder sterben. Dabei dürfen wir auch nicht ignorieren, dass viele Menschen von Glücksspiel oder Medikamenten abhängig sind. Auch einige Internetanwendungen bergen Suchtrisiken, sodass wir in diesem Bereich dringend mehr Präventionsangebote benötigen, da so viele Menschen darauf Zugriff haben.

Auch der Forschungssektor muss mehr betont werden, da sich dort massiver Handlungsbedarf offenbart. Neue Forschungserkenntnisse zeigen z. B., dass der Wirkstoff aus LSD zur Sucht- (!) und Traumatabehandlung eingesetzt werden kann, wobei nur geringe Dosen und einmalige Konsum in einem therapeutischen Setting ausreichend sind. Anstelle solche und andere neue Behandlungsmethoden gezielt zu erforschen, werden die Menschen auf Medikamente verwiesen, die schwere Nebenwirkungen haben und über einen sehr langen Zeitraum eingenommen werden müssen.

weitere Antragsteller*innen

Veit Olschinski (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Carla Dietmair (KV Berlin-Mitte); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Florian Juhl (KV Pinneberg); Philipp Schmagold (KV Kiel); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Erich Minderlein (KV Ortenau); Miriam Matz (KV Saalekreis); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Detlef Jungmann (KV Mark); Jens Polster (KV Celle); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Devin Drossmann (KV Oberberg); Marcel Schmidt (KV Miltenberg); Aeneas Niklas Marxen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Ben Seel (KV Frankfurt); Achim Jooß (KV Ortenau); Daniel Kretzschmar (KV Berlin-Lichtenberg); Tabitha Elkins (KV Erlangen-Stadt); Thaddäus-Salomon Jehle (KV Berlin-Pankow); Kim Natali Helen Schröter (KV Oberberg); Andreas Müller (KV Essen); Manuel Mühlbauer (KV Fürth-Land); Hans-Christian Ströbele (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Linda Guzzetti (KV

Berlin-Kreisfrei); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Jakob Wilke (KV Berlin-Lichtenberg); Tim Neunzig (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Maria Wagerer (KV Celle); Jonas Höltig (KV Köln); Fabio Reinhardt (Berlin-Lichtenberg KV); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Christoph Heger (KV Coesfeld); Jürgen Bering (KV Berlin-Mitte); Julia Eberz (KV Frankfurt); Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg); Steven Kleemann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Konstantin Mack (KV Würzburg-Stadt); Werner Heck (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christiane Howe (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)